**Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben „Anpassung der Deponiekubatur
sowie Erhöhung der Nordhalde “ auf der
Deponie „Pinnow“
in 16278 Pinnow**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 24. April 2025

Der Landkreis Uckermark, Karl-Marx-Straße 1 in 17291 Prenzlau beantragt die Anpassung der Deponiekubatur sowie Erhöhung der Nordhalde der Deponie „Pinnow“ im Landkreis Uckermark in der Gemarkung Pinnow, Flur 2, Flurstücke 77; 78, der Gemarkung Dobberzin, Flur 1, Flurstück 10/1 und der Gemarkung Mürow, Flur 2, Flurstück 112/1.

Das Vorhaben umfasst die Erhöhung der Ablagerungskapazität des Deponieabschnittes Nordhalde durch die Änderung der Deponiekubatur sowie die Erhöhung der Firstlinie.

Dies stellt eine wesentliche Änderung der Deponie „Pinnow“ nach § 35 Absatz 3 Nummer 2 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) dar.

Nach § 5 in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) war für das beantragte Vorhaben eine **allgemeine Vorprüfung** zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung beruht im Wesentlichen auf folgenden Kriterien:

Merkmale des Vorhabens

Das Vorhaben umfasst die Erhöhung der Ablagerungskapazität des Deponieabschnittes Nordhalde durch die Änderung der Deponiekubatur sowie die Erhöhung der Firstlinie auf 74,27 m NHN. Die Erhöhung der Ablagerungsmenge beträgt ca. 100.000 m³.

Standort des Vorhabens

Das Vorhaben befindet sich im Landkreis Uckermark in der Gemeinde Pinnow zwischen den Städten Angermünde und Schwedt/Oder auf dem Deponiegelände der UDG.

Die Deponie Pinnow ist eine DK I Deponie mit einer Gesamtgröße von 35 ha. Sie besteht aus zwei Deponieabschnitten, dem bereits errichteten und endverfüllten Deponieabschnitt Südhalde sowie dem nordwestlich des Altkörpers gelegenen Deponieabschnitt Nordhalde. Beide Deponieabschnitte lehnen sich an den Deponiealtkörper an.

Der Einlagerungsbetrieb auf dem Deponieabschnitt Südhalde wurde mit dem Erreichen der Endverfüllung zum 26.04.2021 beendet. Bereits im Jahr 2019 erfolgte die Sicherung und Rekultivierung des 1. Bauabschnitt (ca. 1 ha Fläche) der Südhalde. In 2021 wurde die Rekultivierungsmaßnahme auf dem 2. Bauabschnitt fortgeführt. Der Abschluss der Rekultivierungsarbeiten auf der Südhalde ist für 2024/2025 geplant.

Die Basisabdichtung der Nordhalde wurde in 4 Bauabschnitten 2018, 2020, 2022 und 2023/2024 vollständig errichtet und in Betrieb genommen. Das plangenehmigte Gesamtfassungsvolumen der beiden DK I - Deponieabschnitte beträgt ca. 855.000 m³.

Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen

Durch die Erhöhung der Deponie kann eine Auswirkung auf die Schutzgüter Mensch sowie Natur und Landschaft vorliegen. Die Veränderung der Raumstruktur führt dabei zu einer Veränderung der Sichtachsen der nächstgelegenen Wohnbebauungen.

Durch die Erhöhung des beantragten Deponieabschnittes wird dieser an die Endhöhe der bereits vorhandenen Deponiekörper (Altkörper und Südhalde) angepasst, wodurch das Landschaftsbild vereinheitlicht wird. Dadurch kommt es nur also zu einer geringen Veränderung der Sichtachsen. Weitere negative Auswirkungen auf Schutzgüter sind nicht zu erwarten, da keine erneute oder zusätzliche Flächeninanspruchnahme erfolgt. Die Wirkfaktoren des geplanten Vorhabens bewegen sich nicht aus der planfestgestellten Vorhabenfläche heraus.

Das Vorhaben ist damit auf der Grundlage der Anlage 3 zum UVPG nicht mit erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen verbunden. Mit erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen der Schutzgüter Mensch einschließlich menschlicher Gesundheit, Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt und Landschaftsbild ist nicht zu rechnen.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Referat T 16 (Abfallwirtschaft)